

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 24. Januar 2020

REDE ZU PROTOKOLL!

Sandra Redmann:

Die Errichtung von Wildnisflächen ist richtig – muss aber einvernehmlich abgestimmt werden

TOP 36: Wildnis in Schleswig-Holstein (19/1555 (neu), 19/1782)

„Vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums für den Bericht "Wildnis in Schleswig-Holstein". Viel mehr als ein Zwischenbericht war das nicht und kann es auch noch nicht sein. Fleißig wurden die einzelnen Punkte, die für Wildnisgebiete notwendig sind, aufgelistet und das dargestellt, was schon vor längerer Zeit klar war. In Schleswig-Holstein, mit einer oftmals kleinteilig strukturierten Landschaft, wird es kaum möglich sein, Flächen darzustellen, die die Größenvorgabe des Bundes erfüllen. Auch dies wissen wir schon länger. Daher wird eine Flächendarstellung ein echter Kraftakt, dies wird im Bericht allerdings nur kurz skizziert. Und das ist klar, denn das wird einer der Konfliktpunkte sein. Das Erreichen des 2% Ziels darf keinesfalls auf Kosten der Biodiversität gehen, daher muss es eine Abstimmung mit Verbänden geben. Die Fokussierung auf Naturschutzflächen ist sicher die einfachere Lösung, muss aber dringend diskutiert werden. Die besten Gebiete müssen gemeinsam abgestimmt werden und in einem zeitlich angemessenen Rahmen umgesetzt werden. Der Umwelt- und Agrarausschuss muss ebenso beteiligt werden und es dürfen nicht am Parlament vorbei Flächen festgelegt werden. Deswegen erwarten wir im Ausschuss einen genaueren Bericht, der auch darauf eingeht, wo die Knackpunkte liegen und wo das Ministerium die größten Herausforderungen sieht. Ebenso stellt sich die Frage, was Wildnis konkret bedeutet und wo dann trotzdem eingegriffen werden kann und soll. Die Andeutungen der FDP, dass Wildnis ja nichts kostet und daher prima ist, zeugen von großer Unwissenheit. Die Errichtung von Wildnisflächen ist richtig und zukunftsweisend, eine einvernehmliche Abstimmung aber unerlässlich. Dazu wollen wir vom Minister Antworten haben.“